



Brüssel, den 10. Juni 2022  
(OR. en)

10033/22

LIMITE

AG 63  
INST 223

## VERMERK

---

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Delegationen
Betr.:	Konferenz über die Zukunft Europas - Vorschläge und damit zusammenhängende konkrete Maßnahmen, die im Bericht über die endgültigen Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas enthalten sind: Vorläufige technische Bewertung

---

Die Delegationen erhalten hiermit einen Vermerk und das dazugehörige Addendum mit einer vorläufigen technischen Bewertung der Vorschläge und der damit zusammenhängenden konkreten Maßnahmen, die im Bericht über die endgültigen Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas<sup>1</sup> enthalten sind. Diese vorläufige Bewertung wurde vom Generalsekretariat des Rates durchgeführt.

Es sei darauf hingewiesen, dass es sich angesichts der begrenzten Zeit, die für diese Bewertung zur Verfügung steht, und des Umfangs der zu bewertenden Vorschläge und damit zusammenhängenden Maßnahmen bei dieser technischen Bewertung nur um eine vorläufige Bewertung handeln kann. Bei Bedarf wird im Rahmen der Folgemaßnahmen im Rat eine weitere Bewertung vorgenommen.

---

<sup>1</sup> Dok. 8933/22.

**Vorschläge und damit zusammenhängende konkrete Maßnahmen, die im Bericht über die endgültigen Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas enthalten sind:**

**Vorläufige technische Bewertung**

**Einleitung**

1. Wie in der im März 2021 unterzeichneten Gemeinsamen Erklärung vorgesehen, wurde der Präsidentin des Europäischen Parlaments, dem Präsidenten des Rates der Europäischen Union und der Präsidentin der Europäischen Kommission am 9. Mai 2022 der Bericht über die endgültigen Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas vorgelegt<sup>2</sup>. Im Zuge der Gemeinsamen Erklärung haben die drei Präsidenten zugesagt, dass sie innerhalb ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereichs und im Einklang mit den Verträgen zeitnah prüfen werden, wie die Schlussfolgerungen dieses Berichts wirksam weiterverfolgt werden können.
2. Der Bericht über die endgültigen Ergebnisse der Konferenz enthält 49 Vorschläge und mehr als 320 damit zusammenhängende konkrete Maßnahmen, die die Plenarversammlung der Konferenz dem Exekutivausschuss der Konferenz vorgelegt hat. Sie decken neun Themen ab: „Klimawandel und Umwelt“, „Gesundheit“, „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“, „Die EU in der Welt“, „Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“, „Digitaler Wandel“, „Demokratie in Europa“, „Migration“ sowie „Bildung, Kultur, Jugend und Sport“.
3. Die Vorschläge und die damit zusammenhängenden konkreten Maßnahmen stützen sich hauptsächlich auf die Empfehlungen, die die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der europäischen und nationalen Bürgerforen im Zuge der Konferenz formuliert haben. Sie stützen sich auch auf die Ideen, die auf der mehrsprachigen digitalen Plattform der Konferenz und bei den Debatten auf der Plenarversammlung der Konferenz, einschließlich ihrer Arbeitsgruppen, ausgetauscht wurden. Die mit den Vorschlägen zusammenhängenden konkreten Maßnahmen enthalten einen Verweis auf ihre Grundlage / ihren Ausgangspunkt, entweder durch einen Hinweis in Klammern oder in Form einer Fußnote.

---

<sup>2</sup> Dok. 6796/21.

4. Auf der letzten Plenarversammlung der Konferenz äußerten sich die Vertreterinnen und Vertreter der Ratskomponente der Plenarversammlung der Konferenz nicht zum Inhalt der Vorschläge, sondern unterstützten und förderten die Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger und nahmen ihre Empfehlungen zur Kenntnis. Der Rat bekundete seinen Willen, nach dem 9. Mai 2022 festzulegen, wie die Ergebnisse der Konferenz im Rahmen seiner eigenen Zuständigkeiten und im Einklang mit den Verträgen weiterzuverfolgen sind.

5. Die Tabelle in Addendum 1 enthält eine **vorläufige technische Bewertung der Vorschläge und der damit zusammenhängenden konkreten Maßnahmen, die im Bericht über die endgültigen Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas enthalten sind**. Die Tabelle besteht aus drei Spalten: i) Auflistung aller Vorschläge und der damit zusammenhängenden konkreten Maßnahmen, ii) Darlegung des Umfangs, in dem die EU-Organe bereits an den genannten Maßnahmen arbeiten (Was wird unternommen?) und iii) Erläuterung, wie und auf welcher Rechtsgrundlage diese Maßnahmen – wenn überhaupt – umgesetzt werden könnten (d. h. Einschätzung der Durchführbarkeit). Wenn eine Maßnahme eine Vertragsänderung erfordern würde, damit sie umgesetzt werden kann, wird ein entsprechender grau unterlegter Hinweis in die dritte Spalte (iii) aufgenommen. Wenn nur ein Teil einer Maßnahme eine Vertragsänderung erfordern würde, wird dieser Teil auch in der ersten Spalte (i) grau markiert. Schließlich sei darauf hingewiesen, dass einige Maßnahmen allgemein formuliert sind, was eine Bewertung, insbesondere in Bezug auf die mögliche Rechtsgrundlage in den geltenden Verträgen, erschwert.

### **Allgemeiner Überblick über die vorläufige technische Bewertung**

#### **A. Vorschläge und damit zusammenhängende konkrete Maßnahmen, die im Rahmen bestehender und laufender EU-Initiativen umgesetzt werden**

6. Eine der wichtigsten Feststellungen dieser vorläufigen Bewertung besteht darin, dass **eine beträchtliche Anzahl von Vorschlägen und damit zusammenhängenden Maßnahmen derzeit von den EU-Organen umgesetzt wird oder schon umgesetzt wurde**. Einzelheiten zu diesen Feststellungen sind in der zweiten Spalte der Tabelle in Addendum 1 („Was wird unternommen?“) zu finden.

Dies gilt insbesondere für diejenigen Themen der Konferenz, die Politikbereiche betreffen, in denen bereits Rechtsvorschriften der Union angenommen wurden oder derzeit von den Mitgesetzgebern erörtert werden und diese Rechtsvorschriften offenbar den Vorschlägen und den damit zusammenhängenden Maßnahmen oder Teilen davon entsprechen. Beispiele dafür sind die Themenbereiche „Digitaler Wandel“, „Klimawandel und Umwelt“ und „Gesundheit“.

7. In Bezug auf das Thema „Digitaler Wandel“, das in den letzten Jahren eine der wichtigsten Prioritäten der EU darstellte, werden mit dem DSA, dem DMA, dem Gesetz über künstliche Intelligenz, der CEF2-Verordnung, der eID-Verordnung, der NIS2-Richtlinie<sup>3</sup> sowie den in der europäischen Datenstrategie enthaltenen Initiativen zahlreiche Vorschläge und damit zusammenhängende konkrete Maßnahmen vorweggenommen.

Auch in Bezug auf das Thema „Klimawandel und Umwelt“ decken die GAP 2023/2027 sowie Initiativen zur Umsetzung des europäischen Grünen Deals wie z. B. die Überarbeitung der Rechtsvorschriften in den Bereichen Klima, Energie und Verkehr im Rahmen des Pakets „Fit für 55“ viele Aspekte ab, die in den konkreten Maßnahmen enthalten sind.

Was den Bereich „Gesundheit“ betrifft, so werden in einer Reihe bestehender und laufender EU-Initiativen, die darauf abzielen, die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger besser zu schützen und besser auf Gesundheitskrisen zu reagieren, auch Forderungen aufgegriffen, die in vielen der vorgeschlagenen Maßnahmen zum Ausdruck kommen.

8. Darüber hinaus decken wohl auch einige der jüngsten bereichsübergreifenden EU-Initiativen eine Reihe von Vorschlägen und damit zusammenhängenden Maßnahmen zu mehreren Themen ab. Dies gilt beispielsweise für die Aufbau- und Resilienzfazilität in Bezug auf Vorschläge zu den Themen „Eine stärkere Wirtschaft“, „Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“ sowie „Bildung, Kultur, Jugend und Sport“, die sich auf öffentliche Investitionen und Lebensqualität beziehen.

## **B. Vorschläge und damit zusammenhängende konkrete Maßnahmen, die von den EU-Organen weiterverfolgt werden könnten**

9. In der vorläufigen technischen Bewertung wird auch hervorgehoben, dass **in den Fällen, in denen die Vorschläge und die damit zusammenhängenden konkreten Maßnahmen von den EU-Organen weiterverfolgt werden könnten, dies in den meisten Fällen innerhalb des derzeitigen Vertragsrahmens geschehen könnte**. Einzelheiten zu den Feststellungen finden sich in der letzten Spalte der Tabelle in Addendum 1 („Wie könnte der Vorschlag / die Maßnahme umgesetzt werden?“).

---

<sup>3</sup> Gesetz über digitale Dienste (Digital Markets Act – DSA); Gesetz über digitale Märkte (Digital Markets Act – DMA); Verordnung über künstliche Intelligenz (AI Act); zweite Verordnung über die Fazilität „Connecting Europe“ (CEF2). Verordnung über elektronische Identifizierung, Authentifizierung und Vertrauensdienste (eID); zweite Richtlinie über Netz- und Informationssicherheit (NIS2).

10. Erstens könnten viele Vorschläge und damit zusammenhängende Maßnahmen durch eine Änderung des bestehenden EU-Rechtsrahmens umgesetzt werden, durch die manche Bestimmungen gestärkt werden. Dies ist beispielsweise der Fall bei konkreten Maßnahmen, die Fragen des Datenschutzes und des Tierschutzes berühren.

11. Zweitens könnte bei anderen Vorschlägen und damit zusammenhängenden Maßnahmen erforderlichenfalls auf verschiedene Werkzeuge, Instrumente, Programme und Strukturen, die bereits auf EU-Ebene bestehen, zurückgegriffen werden.

Beispielsweise bietet das Verfahren des Europäischen Semesters die Möglichkeit einer stärkeren Koordinierung der Wirtschaftspolitik durch die Mitgliedstaaten, sodass eine Reihe der im Rahmen des Themas „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“ vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt werden könnte. Zum Thema „Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“ könnten einige Maßnahmen, die darauf abzielen, die Werte der EU für die Bürgerinnen und Bürger greifbarer zu machen, durch die Verbesserung mehrerer EU-Finanzierungsprogramme abgedeckt werden. Durch verstärkte Kommunikationsanstrengungen und die weitere Umsetzung der Kommunikationsstrategien der EU-Institutionen könnten auch einige der vorgeschlagenen Maßnahmen im Rahmen der Themen „Demokratie in Europa“ und „Bildung, Kultur, Jugend und Sport“ in Angriff genommen werden.

12. Drittens könnten viele Vorschläge durch neue Rechtsvorschriften der Union auf der Grundlage des derzeitigen Vertragsrahmens umgesetzt werden. Etwa im Rahmen des Themas „Werte und Rechte“ könnten künftige Initiativen wie ein Gesetz über Medienfreiheit eine beträchtliche Anzahl der vorgeschlagenen Maßnahmen abdecken. Ebenso könnten durch Initiativen, die sich aus dem zweiten Paket zur Kreislaufwirtschaft ergeben, einige Maßnahmen umgesetzt werden, die unter die Themen „Eine stärkere Wirtschaft“ und „Klimawandel und Umwelt“ fallen.

13. Zudem befassen sich viele Vorschläge und damit zusammenhängende Maßnahmen mit spezifischen Fragen, während andere breiter angelegt und manchmal ausgesprochen ambitioniert sind. Für ihre Umsetzung kämen daher verschiedene Arten von Initiativen infrage, wobei eine große Auswahl besteht.

14. Es sei auch daran erinnert, dass in Bezug auf Vorschläge und damit zusammenhängende konkrete Maßnahmen, die in Bereiche mit geteilter Zuständigkeit fallen, die entsprechende Zuständigkeit in den Verträgen durch die einschlägigen Rechtsgrundlagen in den betreffenden Bereichen bereits der Union übertragen wurde; solange die EU jedoch nicht beschließt, ihre Zuständigkeit in dem betreffenden Bereich im Einklang mit diesen Rechtsgrundlagen auszuüben, behalten die Mitgliedstaaten die Zuständigkeit, in diesem Bereich tätig zu werden. Es ist daher allein Sache der EU, zu entscheiden, ob und in welchem Umfang sie diese Zuständigkeiten ausübt, wobei deren Ausübung den Grundsätzen der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit unterliegt.

Die meisten Vorschläge und damit zusammenhängenden Maßnahmen in Bereichen, in denen die EU unterstützende Zuständigkeiten hat, erfordern keine Harmonisierungsmaßnahmen der EU; sie könnten daher im Rahmen der geltenden Verträge umgesetzt und durch EU-Maßnahmen zur Unterstützung, Koordinierung oder Ergänzung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten, auch im Rahmen von EU-Programmen, begleitet werden. Dies gilt beispielsweise für die meisten der vorgeschlagenen Maßnahmen im Bildungsbereich (z. B. Verbesserung der allgemeinen und beruflichen Bildung in einer Reihe von Fächern wie Medien und digitale Kompetenz, Förderung der Digitalisierung der Bildung usw.).

15. Schließlich könnten einige Vorschläge und damit zusammenhängende Maßnahmen im Rahmen der Flexibilitätsregelungen innerhalb des Rahmens der geltenden Verträge umgesetzt werden, etwa auf der Grundlage von Vertragsbestimmungen zu allgemeinen oder spezifischen „Passerelle-Klauseln“ – die es dem Europäischen Rat oder dem Rat ermöglichen, von der Einstimmigkeit zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit oder zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren überzugehen – oder aber zu spezifischen vereinfachten Revisionsklauseln – die es dem Europäischen Rat oder dem Rat ermöglichen, den Anwendungsbereich bestimmter Rechtsgrundlagen oder Vertragsbestimmungen auszuweiten, wie z. B. bei der verstärkten Zusammenarbeit, in deren Rahmen Mitgliedstaaten, die dies wünschen, in einem bestimmten Bereich vorankommen können.

**C. Vorschläge und damit zusammenhängende konkrete Maßnahmen, deren vollständige Umsetzung eine Vertragsänderung erfordern könnte**

16. Die vorläufige Bewertung zeigt zudem, dass **nur eine sehr begrenzte Anzahl konkreter Maßnahmen eine Vertragsänderung erfordern würde, damit sie vollständig umgesetzt werden können**. Diese Maßnahmen beziehen sich auf:

- 1) Möglichkeit der EU, bestimmte Themen zu einem verpflichtenden Bestandteil der Lehrpläne in der gesamten EU zu machen;<sup>4</sup>
- 2) Aufnahme von Gesundheit und Gesundheitsversorgung sowie Bildung unter die Angelegenheiten mit geteilter Zuständigkeit der EU;<sup>5</sup>
- 3) Verbindliche Harmonisierung der Standards im Gesundheitswesen auf EU-Ebene;<sup>6</sup>
- 4) Verpflichtung der Mitgliedstaaten, auf nationaler Ebene beispielsweise ein Recht auf Eheschließung und Adoption für gleichgeschlechtliche Paare zu begründen;<sup>7</sup>
- 5) EU-weit verbindliche Einführung erschwinglicher Kindergärten und kostenloser Kinderbetreuung;<sup>8</sup>
- 6) Einführung des Europatags (9. Mai) als zusätzlicher obligatorischer Feiertag in der gesamten EU;<sup>9</sup>
- 7) Einführung der Möglichkeit, auf Initiative des Europäischen Parlaments EU-weite Referenden abzuhalten;<sup>10</sup>
- 8) Änderung des Artikels 7 EUV<sup>11</sup>;
- 9) Übergang von der Einstimmigkeit zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Europäischen Rat;<sup>12</sup>
- 10) Übergang von der Einstimmigkeit zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Rat in Fällen, in denen Passerelle-Klauseln keine Anwendung finden, z. B. bei Beschlüssen mit militärischen Bezügen und in Verteidigungsangelegenheiten;<sup>13</sup>

---

<sup>4</sup> Siehe Maßnahme 6.6, Maßnahme 27.4, Maßnahme 32.1, Maßnahme 32.2, Maßnahme 37.1, Maßnahme 46.1, und Maßnahme 48.2.

<sup>5</sup> Siehe Maßnahme 8.3, Maßnahme 10.3, und Maßnahme 46.1.

<sup>6</sup> Siehe Maßnahme 10.1, Maßnahme 14.4 und Maßnahme 15.8.

<sup>7</sup> Siehe Maßnahme 15.5.

<sup>8</sup> Siehe Maßnahme 29.5.

<sup>9</sup> Siehe Maßnahme 37.6 und Maßnahme 48.3.

<sup>10</sup> Siehe Maßnahme 38.2.

<sup>11</sup> Siehe Maßnahme 25.4.

<sup>12</sup> Siehe Maßnahme 39.1.

<sup>13</sup> Siehe Maßnahme 21.1 und Maßnahme 39.1.

- 11) Übertragung von Befugnissen im Bereich der Vertretung der Union nach außen, die derzeit von der Kommission (Artikel 17 Absatz 1 EUV) oder dem Präsidenten des Europäischen Rates (Artikel 15 Absatz 6 EUV) wahrgenommen werden, auf den Hohen Vertreter oder Änderung der Rolle und der Befugnisse des Hohen Vertreters;<sup>14</sup>
- 12) Direkte Wahl des Präsidenten der Kommission durch die Bürgerinnen und Bürger;<sup>15</sup>
- 13) Ermächtigung des Europäischen Parlaments, Gesetzesinitiativen einzubringen;<sup>16</sup>
- 14) Ermächtigung des Europäischen Parlaments, den Haushaltsplan der EU allein anzunehmen, und/oder über den Eigenmittelbeschluss zu entscheiden;<sup>17</sup>
- 15) Änderung der Namen der EU-Organe;<sup>18</sup>
- 16) Ermächtigung der nationalen Parlamente, Gesetzesinitiativen auf EU-Ebene einzubringen;<sup>19</sup>
- 17) Ermächtigung der Regionalparlamente, Gesetzesinitiativen auf EU-Ebene einzubringen, und/oder Gewährung eines direkten formellen Rechts in Bezug auf die Subsidiaritätsprüfung gemäß Protokoll Nr. 2;<sup>20</sup>
- 18) Änderung oder Erweiterung der Befugnisse des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen.<sup>21</sup>

---

<sup>14</sup> Siehe Maßnahme 21.3.

<sup>15</sup> Siehe Maßnahme 38.4.

<sup>16</sup> Siehe Maßnahme 38.4.

<sup>17</sup> Siehe Maßnahme 38.4. Es wird darauf hingewiesen, dass bezüglich dieser Maßnahme die Meinungen der Bürgerinnen und Bürger hier auseinandergehen.

<sup>18</sup> Siehe Maßnahme 39.3.

<sup>19</sup> Siehe Maßnahme 40.2.

<sup>20</sup> Siehe Maßnahme 40.2.

<sup>21</sup> Siehe Maßnahme 39.6 und Maßnahme 40.3.